

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 02.06.2015
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:10 Uhr
Ende: 18:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Paul Lensing Borken

Mitglieder:

Volker Jürgen Himmel	Gronau	
Ludger Konrad	Stadtlohn	
Michael Boland	Bocholt	Vertretung für Markus Jasper
Arno Berning	Raesfeld	
Theo Sanders	Bocholt	
Carsten Wendler	Velen	ab 17:12 Uhr (TOP 1)
Ralph Thiemann	Bocholt	bis 17:12 Uhr (TOP 1)
Dr. Heinrich Render	Ahaus	
Thomas Schlütter	Rhede	Vertretung für Carsten Wendler / Ralph Thiemann
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Marco van den Berg	Bocholt	
Norbert Schulkorf	Gescher	
Tobias Zobel	Reken	
Wolfgang Klein	Ahaus	
Markus Krafczyk	Bocholt	Vertretung für Johann Vering
Jens Steiner	Heek	Vertretung für Dietmar Eisele
Robert Brandt	Gronau	Vertretung für Ernst Brüninghaus

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Hermann Paßlick
Peter Sonntag
Ludger Stienen
Sofia Arnold
Michael Weitzell
Harald Bandt, ZVM Fachbereich Bus

Erledigung der Tagesordnung:

Herr Lensing eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Radschnellweg Westmünsterland Regio.Velo - Aktueller Sachstand Vorlage: 0075/2015

Herr Weitzell schildert den Ablauf der aktuellen Arbeiten zur vertiefenden Machbarkeitsstudie. Die beauftragte Arbeitsgemeinschaft führe gegenwärtig die fachplanerische Konkretisierung des Radschnellweges durch. Streckenverläufe würden u. a. auch auf zentrale umwelt- und artenschutzrechtliche Belange hin geprüft. Erste abschnittsweise Kartierungsarbeiten würden berücksichtigt. Verkehrspotenziale für einzelne Teilabschnitte zwischen den Städten würden anhand eines Verkehrsmodells abgeleitet. Die Projektkommunen stünden im Zuge dessen gegenwärtig in Abstimmungen mit der Arbeitsgemeinschaft.

Die Ergebnisse der vertiefenden Machbarkeitsstudie könnten voraussichtlich im Herbst vorgestellt und beraten werden, so Herr Weitzell weiter. Im Zuge dessen seien auch Informationsveranstaltungen in allen Projektkommunen geplant. Auf Grundlage der Ergebnisse sei dann zu gegebener Zeit über die Aufnahme von Ausführungsplanungen zu beraten. Im Entwurf des Jahresförderprogramms Nahmobilität 2015 habe das Land bereits erste Fördermittel für Ausführungsplanungen vorgesehen.

Gemäß der Absichtserklärung des Landes solle die Baulast für Radschnellwege vom Land übernommen werden. Damit würden Bau und Unterhalt durch das Land finanziert. Eine entsprechende Novellierung des Straßen- und Wegegesetzes stünde weiter aus. Die Baulastträgerschaft von Radschnellwegen sei auch für die anderen Radschnellwegeprojekte, wie z. B. dem „Radschnellweg Ruhr (RS1)“, von wesentlicher Bedeutung.

Auf die Frage von Herrn Krafczyk zu möglichen Alternativrouten antwortet Herr Weitzell, in der vertiefenden Machbarkeitsstudie gehe es um die fachplanerische Konkretisierung des Radschnellweges. Beim Streckenverlauf würden auch Alternativen begutachtet. Wichtig sei eine Abwägung aller Belange, um schließlich eine Vorzugstrasse zu ermitteln. Alle sechs Projektpartner seien in dem Prozess aktiv mit eingebunden.

Die Herren Krafczyk und Himmel äußern Bedenken, für den Radschnellweg die ehemalige Bahntrasse in Anspruch zu nehmen.

Herr Dr. Paßlick bestätigt, die alte Bahntrasse werde voraussichtlich teilweise für den geplanten Radschnellweg in Anspruch genommen. Vorteilhaft sei, dass dadurch die Trassenführung für Verkehrszwecke gesichert werde und zumindest eine sinnvolle Zwischennutzung erfolge. Mit einer Reaktivierung der Bahnstrecke sei in den nächsten Jahren nicht zu rechnen.

Der Sachstand zum Radschnellweg „Regio.Velo“ wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 2: Einführung eines "Mobi-Tickets" im Kreis Borken
Vorlage: 0112/2015
Einführung eines Sozialtickets im Kreis Borken
Antrag der SPD-Fraktion vom 02.05.2015
Vorlage: 0108/2015

Frau Lindenhahn gibt an, aufgrund der Überlegungen in Steinfurt zur Einführung eines Sozialtickets habe die SPD-Fraktion einen vergleichbaren Antrag für den Kreis Borken gestellt. Durch die Verwaltungsvorlage sei ihr Anliegen aufgegriffen worden und ihr Antrag habe sich somit erledigt.

Herr Dr. Paßlick erklärt, in den Haushaltsberatungen 2015 habe der Kreis Steinfurt die Einführung eines Sozialtickets beschlossen. Im Ausschuss für Verkehr, Wirtschaft, Bauen, Energie und Tourismus am 27.05.2015 sei dem Vorhaben zugestimmt worden. Eine Abstimmung mit den anderen Münsterlandkreisen für eine münsterlandweite Lösung sei in den letzten Wochen erfolgt.

Herr Lensing teilt mit, das Sozialticket sei unter anderem wegen der finanziellen Risiken bisher nicht eingeführt worden. Der damalige ablehnende Beschluss beinhalte auch die Option einer späteren Überprüfung.

Herr Steiner betont, die jetzt geplante Einführung eines Sozialtickets sei ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Verbesserungen wie die Einführung eines neuen Tarifes seien aus seiner Sicht notwendig. Des Weiteren kritisiert er, die Bedingungen hätten sich in den letzten Jahren nicht verändert, so dass das Sozialticket bereits 2012 hätte eingeführt werden können. Durch den Förderverzicht seien die Fördermittel auf andere Regionen verteilt worden. Geringverdiener seien auf das Sozialticket angewiesen. Erst durch die Überlegungen im Kreis Steinfurt sei eine neue Diskussion im Kreis Borken entstanden.

Herr Stienen entgegnet, die Informationen hätten sich gegenüber 2011 sehr wohl geändert. In einem Bericht des Ministers Groschek über die Umsetzung des Sozialtickets im Land NRW werde über viele unterschiedliche Modelle informiert, die sehr flexibel gehandhabt würden. In 2011 sei ein Modell mit Tickets der Preisstufe 2 nicht gerechnet worden, da dieses seinerzeit als unattraktiv eingeschätzt worden sei. Jetzt würden Erfahrungen aus verschiedenen Städten und Kreise vorliegen und das finanzielle Risiko könne besser eingeschätzt werden. Die Frage des Vertriebs der Tickets sei nunmehr geklärt, da sich die RVM bereit erklärt habe, den Verwaltungsaufwand für alle Münsterlandkreise zu übernehmen. Die RVM verfüge durch die VKU in Unna über Erfahrungen mit dem Vertrieb der Sozialtickets.

Frau Lindenhahn merkt an, das jetzt geplante Modell mit der Preisstufe 2 sei zumindest für die Einwohner in den größeren Städten im Kreisgebiet von Interesse. Auch könnten vergünstigte Anschlusstickets erworben werden. Ein kreisweites Ticket sei mit den Fördermitteln des Landes nicht zu finanzieren.

Herr Himmel weist darauf hin, die finanziellen Risiken seien jetzt besser abschätzbar. Der Verwaltungsaufwand würde den Kreishaushalt nicht belasten, da die RVM sich bereit erklärt habe, den Vertrieb der Tickets für alle Münsterlandkreise zu übernehmen. Geklärt sei aber nicht, ob das Lohnabstandsgebot beachtet werde. Bei der geplanten Leistungsgewährung müsse der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beteiligt werden. Er schlage eine gemeinsame Sitzung mit dem Sozialausschuss vor. Auch sehe er weiteren Beratungsbedarf in den Fraktionen. Der Förderantrag könne vorbehaltlich einer positiven Entscheidung bis zum 15.09.2015 gestellt werden.

Auf die Frage von Herrn Himmel zur Quote der Nichtzahler unter den Abo-Beziehern antwortet Herr Stienen, die Quote der Nichtzahler im Kreis Unna sei von anfangs 20 % auf nunmehr 6,5 % gesunken.

Herr Berning fragt, ob die RVM die Tickets erst nach Vorkasse abgeben könne.

Herr Stienen erläutert, die Zahlungsabwicklung der Tickets sei noch nicht abschließend geklärt. Entsprechend den Erfahrungen im Kreis Unna sei aber geplant, jeweils 3-Monats-Aboverträge abzuschließen. Eine Vorleistung der Antragsteller für 3 Monate könne von den Bedürftigen nicht erwartet werden.

Herr Dr. Paßlick betont, der Kreis Borken sei wegen der finanziellen Risiken vorsichtig gewesen und habe das Sozialticket bisher nicht eingeführt. Der Kreis Unna habe anfangs erheblich nachsteuern müssen.

Herr Krafczyk führt aus, auch bei der jetzigen Lösung bestehe ein finanzielles Risiko für den Kreis Borken. Wenn das Land seine Förderung einstelle, werde die Erwartung entstehen, dass der Kreis die ausfallende Landesförderung übernehme. Negative Veränderungen seien nur schwer durchzusetzen. Er empfehle daher, der münsterlandweiten Lösung nicht zuzustimmen.

Herr Klein macht deutlich, dass das Lohnabstandsgebot beachtet werden müsse. Dieses sensible Thema müsse offen und fair diskutiert werden.

Herr Brandt entgegnet, die Diskussion über das Lohnabstandsgebot sei enttäuschend. Mit der Mobilitätspauschale in den SGB II-Leistungen könnten Fahrtickets kaum bezahlt werden. Er halte die Einführung des Sozialtickets für notwendig.

Herr Steiner ergänzt, das Lohnabstandsgebot sei seit 2011 aus dem SGB XII gestrichen worden. Der Zuschuss für das Sozialticket könne nicht zu einer rechtswidrigen SGB II-Leistungsgewährung führen.

Auf die Frage von Frau Lindenhahn zur Einbeziehung der Wohngeldempfänger antwortet Herr Dr. Paßlick, bei der münsterlandweiten Lösung würde dieser Personenkreis nicht mit berücksichtigt. Eine spätere Nachsteuerung sei möglich.

Herr Lensing stellt Einvernehmen fest, Anfang September eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Arbeit, Soziales und Gesundheit stattfinden zu lassen. Anschließend könnten der Kreisausschuss am 17.09.2015 und der Kreistag am 24.09.2015 eine Entscheidung treffen. Bis dahin bleibe Zeit für Beratungen in den Fraktionen.

Er lässt über den geänderten Antrag abstimmen.

Beschluss:

15 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

Die Verwaltung wird beauftragt, vorsorglich einen entsprechenden Antrag an das Land auf Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets fristgerecht bis zum 15.09.2015 zu stellen.

Punkt 3: Mitteilungen der Verwaltung

Herr Stienen informiert, der für den 30.05.2015 geplante Wettbewerb „**Könner auf zwei Rädern**“ sei abgesagt worden, da die Anzahl der teilnehmenden Schulen trotz intensiver Werbemaßnahmen weiter gesunken sei. Lediglich 18 von etwa 60 Grundschulen hätten ihre klassenbesten Radfahrer angemeldet. Der hohe Aufwand für eine solche kreisweite Veranstaltung mit einem bunten Rahmenprogramm rechne sich nicht bei dieser geringen Teilnehmerzahl. In den nächsten Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft für Verkehrsaufklärung und –erziehung (ArGV) werde über eine neue Zielausrichtung und mögliche Ersatzveranstaltungen beraten. Das Interesse der Grundschulen an den Jugendverkehrsschulen sei weiterhin sehr hoch.

Herr Lensing merkt an, die Veranstaltung „Könner auf zwei Rädern“ sei viele Jahre ein fester Bestandteil der Verkehrssicherheitsarbeit im Kreis Borken gewesen. Die Absage sei bedauerlich, aber unvermeidlich gewesen. Über die Gründe und mögliche Alternativen werde in der ArGV beraten.

Punkt 4: Anfragen

Herr Steiner gibt an, auf der Internetseite www.bus-und-bahn-im-muensterland.de werde der Ort Heek tariflich nicht erfasst.

Herr Bandt teilt dazu mit, dieser Fehler bei einzelnen Verbindungen sei bekannt und an der Behebung werde gearbeitet.

Ende des öffentlichen Teils

gez.

Paul Lensing
Vorsitzender

gez.

Sofia Arnold
Schriftführerin